

MOTION

Urheber Mathieu Clerc, Les Verts, Francesco Walter, CVPO, Fabien Girard, PLR, Diego Clausen, CSPO, und Mitunterzeichner
Gegenstand Wallis: Unterstützung der Ehe für alle
Datum 11.03.2019
Nummer 7.0113

Im Dezember 2013 hat die grünliberale Nationalrätin Kathrin Bertschy eine parlamentarische Initiative eingereicht. Mit der Initiative wird verlangt, «alle rechtlich geregelten Lebensgemeinschaften für alle Paare zu öffnen, ungeachtet ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung» und entsprechend die Ehe für alle einzuführen.

Im Februar 2015 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates (RK-NR) diese Initiative geprüft und ihr Folge gegeben. Im September 2015 hat die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates (RK-SR) dasselbe getan.

Im Mai 2017 hat die RK-NR einen ersten Vorentwurf erarbeitet und die Verwaltung beauftragt, die verschiedenen rechtlichen Auswirkungen zu prüfen, welche die Einführung der Ehe für alle haben könnte.

Im Juli 2018 hat die RK-NR einen Grundsatzentscheid getroffen und einer Gesetzesänderung den Vorzug vor einer Verfassungsänderung gegeben.

Im Februar 2019 hat die RK-NR den Vorentwurf des Bundesamtes für Justiz genehmigt. Es werden zwei Varianten in die Vernehmlassung geschickt.

Zahlreiche homosexuelle Personen leiden unter der unterschiedlichen Behandlung im Vergleich zu heterosexuellen Paaren, aber auch unter der Nichtanerkennung durch Gesellschaft und Staat. Verschiedene Studien zeigen auf, dass sich die betroffenen Menschen umso geschätzter und nicht diskriminiert fühlen, je mehr die Gesellschaft über homosexuelle Menschen spricht und sie akzeptiert.

Damit jede Person anerkannt und akzeptiert wird, verlangen wir mit der Motion, dass das Parlament die Bedeutung des vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickten Vorentwurfs zur Ehe für alle zur Kenntnis nimmt und diesen unterstützt.

Schlussbemerkung

Mit dieser Motion fordert der Grosse Rat des Kantons Wallis das Präsidium des Grossen Rates auf, den Gesetzesentwurf zur Ehe für alle im Rahmen der eidgenössischen Vernehmlassung positiv zu beurteilen, mit dem Ziel, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleichbehandelt werden.